



HESSISCHER LANDTAG

29. 04. 2003

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Antrag
der Abg. Fuhrmann, Schäfer-Gümbel, Eckhardt,
Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies (SPD)
und Fraktion
betreffend dramatische Ausbildungskrise – Starten statt Warten**

Die Europäische Union hat bereits auf dem Gipfel in Luxemburg 1997 in die Verträge die Verpflichtung aufgenommen, jungen Menschen nach sechs Monaten Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit ein qualifiziertes Angebot zu garantieren. Von der Umsetzung dieses Vertrages ist Hessen im Jahr 2003 weiter entfernt als jemals vor 1997.

Ende 2002 waren insgesamt 109.000 Jugendliche in Hessen in einer betrieblichen Ausbildung. Damit fiel die Anzahl der Auszubildenden binnen eines Jahres um 3.700 auf den niedrigsten Stand seit fünf Jahren. Mit 38.350 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zum Ausbildungsjahr 2002, d.h. rund 3.250 weniger als im Vorjahr, wurde sogar der niedrigste Ausbildungsstand seit sieben Jahren erreicht.

Für das Ausbildungsjahr 2003 droht eine dramatische Zuspitzung dieser bereits desaströsen Situation. Im März 2003 sind 33.777 Ausbildungsplatzsuchende bei den hessischen Arbeitsämtern gemeldet. Gleichzeitig sind nur 27.543 offene Ausbildungsstellen gemeldet. Von der Zusage des Arbeitgebers, dass alle Jugendlichen auch einen Platz innerhalb der dualen Ausbildung erhalten, ist Hessen meilenweit entfernt.

Diese Entwicklung erfasst in unterschiedlicher Härte alle Regionen Hessens. Hessen droht nach den Einbrüchen bei der Wirtschaftsentwicklung auch ein Absturz bei der Ausbildungssituation. Starten statt warten ist deshalb das Gebot der Stunde!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag kritisiert die Hessische Landesregierung für ihre unzureichenden Initiativen zur Lösung der schweren Ausbildungskrise in Hessen.
2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich Gespräche mit den Sozialpartnern über einen vertraglich abgesicherten Ausbildungskonsens für das Ausbildungsjahr 2003/2004 in Hessen aufzunehmen.
3. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, die Mittel für Ausbildungsförderungsprogramme zu verdoppeln und zielgenauer einzusetzen. Dazu soll die Hessische Landesregierung umgehend ein Konzept zur Verbesserung und Intensivierung der Ausbildungsförderung unter dem Gesichtspunkt regionaler Kooperationen und unter dem Einsatz neuer Steuerungsmodelle vorlegen.
4. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung erneut ein Sonderprogramm für 100.000 jugendliche Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher auflegt und zudem eine Entbürokratisierung der Ausbildungsverordnungen angekündigt hat.

5. Der Hessische Landtag fordert die Hessische Landesregierung darüber hinaus auf, ein Sonderprogramm zur Modernisierung der beruflichen Schulen in Hessen in Höhe von 50 Mio. € aufzulegen, um die Berufsschulen zu Kompetenzzentren weiterzuentwickeln.

Wiesbaden, 29. April 2003

Der Fraktionsvorsitzende:
Walter

Fuhrmann
Schäfer-Gümbel
Eckhardt
Habermann
Dr. Pauly-Bender
Dr. Spies